



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des
Bündnisses „Schulfrei für die Bundeswehr. Lernen für den
Frieden!“**

1. Im Grundgesetz und internationalen Übereinkommen hat sich Deutschland dazu bekannt, "dem Frieden der Welt zu dienen“, und zur Friedensbildung bekannt (u. a. UN-KRK, UN-Sozialpakt). Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Friedensbildung gestärkt wird?

Antwort:

Die Jugend zur Friedensliebe zu erziehen, ist eine politische und gesellschaftliche Aufgabe, die in Zeiten von Hate Speech, Fake News, Cyber Mobbing und Rechtspopulismus aktueller denn je ist. Friedensbildung beginnt auf der individuellen Ebene mit Konzepten zur Gewaltprävention und nimmt gesellschaftliche Prozesse ebenso wie globale Interaktionen als Unterrichtsgegenstand in den Blick. Für CDU und CSU ist die Stärkung der Friedensbildung im Kontext politischer Bildung ein wichtiges Anliegen. Wie dieses Anliegen umgesetzt wird, ist Sache der für die Bildung zuständigen Bundesländer.

2. In Baden-Württemberg wurde die Servicestelle Friedensbildung etabliert, die in den sechs Jahren des Bestehens zu einem bundesweiten Leuchtturmprojekt wurde. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Servicestelle außerhalb Baden-Württembergs bekannter gemacht wird?

Antwort:

Aus unserer Sicht besteht kein Bedarf, die Öffentlichkeitsarbeit des Landes Baden-Württemberg zu Projekten ihrer Landespolitik durch zusätzliche Unterstützung durch den Bund zu flankieren. Aufgrund des Bildungsföderalismus wäre die Kultusministerkonferenz der Länder das geeignete Forum hierfür.

3. Die Verankerung der Friedensbildung in der Lehrer*innenausbildung mittels einer Professur für Friedensbildung in Deutschland ist anzustreben. Stimmen Sie zu, dass eine Professur auf den Weg gebracht werden soll, die den Ausbau der Friedensbildung in Theorie und Praxis begleitet und fördert?

Antwort:

Dies ist keine Frage an die Bundespolitik, sondern eine Frage, die an die zuständigen Landesregierungen zu richten ist.

4. Der UN-Ausschuss für Kinderrechte und die Kinderkommission des Bundestages fordern von D ein Verbot jeder Art von Bundeswehrwerbung und Rekrutierung bei Minderjährigen. Werden Sie sich für den Stopp jeglicher militärischer Werbung bei Minderjährigen unter 18 und deren Rekrutierung einsetzen?

Antwort:

Oft entscheiden junge Menschen schon vor Eintritt der Volljährigkeit, welchen beruflichen Weg sie einschlagen wollen. Damit 17-Jährigen gegenüber gleichaltrigen Berufseinsteigern, die zivil ausgebildet werden, keine Nachteile mit ihrem Eintritt in die Bundeswehr entstehen, sollen sie auch künftig ihre Ausbildung bei der Truppe vor ihrem 18. Geburtstag beginnen können. In einem solchen Fall wird in intensiven Auswahlgesprächen überprüft, ob die nötige Reife vorliegt. Minderjährige brauchen das Einverständnis ihrer Erziehungsberechtigten. Sie müssen die Vollzeit-Schulpflicht erfüllt haben. 17-jährige Soldaten der Bundeswehr werden nicht in den Einsatz geschickt. Sie dürfen Schusswaffen ausschließlich zu Übungs- und Ausbildungszwecken verwenden. Zum Wachdienst in der Kaserne werden sie nicht eingeteilt, da hier ein möglicher Schusswaffengebrauch zwar unwahrscheinlich ist, aber nicht ausgeschlossen werden kann. Mit diesen Bestimmungen hält sich Deutschland an die völkerrechtlichen Verpflichtungen wie die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen.

5. Der Bundeswehr wird durch Kooperationsvereinbarungen in 8 Bundesländern ein bevorzugter Zugang zu Schulen, Lehrkräfteaus- und -fortbildung eingeräumt. Werden Sie sich dafür einsetzen, diesen bevorzugten Zugang der Jugendoffiziere aufzuheben?

Antwort:

Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr arbeiten tagtäglich dafür, dass wir in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben können. Zugleich stehen sie bereit, um in Not- und

Katastrophenfällen auch im Inland zu helfen. Sie verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung. Die Bundeswehr hat daher einen festen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft. Damit gehört sie auch ganz selbstverständlich in unsere Schulen. Die Jugendoffiziere leisten hier eine wertvolle Arbeit.

6. An einigen Orten gibt es mehr oder weniger intensive Kooperationen zwischen Schulen und Rüstungsbetrieben. Mit dem Problem, den Blick zu verstellen, dass der Wohlstand der Region auf todbringenden Waffen beruht. Teilen Sie mit uns die Kritik an Kooperationen von Schulen und Rüstungsbetrieben?

Antwort:

Der Schutz von Frieden und Freiheit ist die vornehmste Aufgabe des Staates. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes müssen sich auf eine glaubwürdige Sicherheitsvorsorge verlassen können. CDU und CSU sind Garanten dafür, dass Deutschland dies nicht zu Lasten unserer Kinder und Enkel vernachlässigt. Wer wie unsere Soldatinnen und Soldaten Verantwortung in schwierigen Einsätzen übernimmt, hat Anspruch auf die beste Ausrüstung. Wir wollen daher eine leistungsfähige wehrtechnische Industrie in Deutschland erhalten. Die Sinnhaftigkeit von Kooperationen von Schulen und Betrieben, auch Rüstungsbetrieben, muss jeweils im Einzelfall von den zuständigen Stellen geprüft werden.

7. Unternehmen stehen während Ausnahmesituationen wie einer Pandemie faktisch vor der Beendigung ihrer Tätigkeit. Reicht das Infektionsschutzgesetz für ihre Entschädigung oder braucht es eine Entschädigungsregelung, um künftig besser gewappnet zu sein und administrativen Aufwand zu minimieren?

Antwort:

CDU und CSU wollen, dass auch künftig die Bundesregierung mit Entschädigungsregelungen individuell auf die aktuellen Umstände einer Pandemie eingeht. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass Entschädigungen schnell und unbürokratisch erfolgen. Nach Abschluss der Corona-Pandemie muss eine umfassende Bestandsaufnahme

über die getroffenen Maßnahmen gemacht und die notwendigen Lehren für mögliche, künftige Pandemien gezogen werden.